



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

06. Juli 2017

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
21 91:34		Anne Vogelsberger	06131 16-3803
Bitte immer angeben!		Anne.Vogelsberger@mdi.rlp.de	06131 16-173803

Sitzung des Innenausschusses am 01.06.2017
TOP 4: Anstieg der Drogentoten in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/1421 -

Sehr geehrter Herr Präsident, *lieber Herrschitz,*

in der Sitzung des Innenausschusses am 01.06.2017 wurde zu TOP 4 eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Im Berichtsjahr 2016 sind der Polizei Rheinland-Pfalz 68 Rauschgifttodesfälle bekannt geworden. Dies bedeutet einen Anstieg von 38,8 % gegenüber dem Vorjahr mit 49 Todesfällen. In der längerfristigen Betrachtung ist dies nach dem Jahr 2006 der zweithöchste Wert, welcher erheblich über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von 51 Todesfällen liegt.

Die Betrachtung der Rauschgifttodesfälle ist jedoch nur im langfristigen Vergleich sachgerecht. Die Anzahl in den Berichtsjahren ist mitunter starken Schwankungen unterlegen. So

1/4

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker



sind beispielsweise für das laufende Jahr 2017 bis zum 16. Mai lediglich 21 Rauschgifttodesfälle polizeilich registriert worden, was im Vergleich zu 2016 einem Rückgang um 33 Fälle oder 36,3 % entspricht. Den Rauschgifttodesfällen geht häufig ein langjähriger Drogenkonsum voraus. Zudem wird die Zahl der Todesfälle von örtlichen und regionalen Gegebenheiten, von der Qualität, dem Reinheitsgehalt, der Verfügbarkeit der Drogen und nicht zuletzt auch von der Art der Einnahme sowie der körperlichen Verfassung der verstorbenen Personen zum Zeitpunkt der Einnahme des Rauschgiftes beeinflusst. In Rheinland-Pfalz wird jeder Rauschgifttodesfall einer Einzelfallbetrachtung unterzogen, auch um Erkenntnisse für mögliche Präventivmaßnahmen zu gewinnen. Unter den 68 in 2016 verstorbenen Personen waren vier Frauen. Der jüngste Verstorbene war 18 Jahre alt, der älteste Verstorbene 60 Jahre. Das Durchschnittsalter ist mit 36 Jahren und neun Monaten geringfügig niedriger als im Vorjahr mit 37 Jahren und sechs Monaten. In 46 Fällen war als Todesursache eine Überdosis Heroin, zum größten Teil in Verbindung mit weiteren Substanzen feststellbar. In vier Fällen führte der Konsum von Amfetamin bzw. Amfetaminderivaten in Verbindung mit weiteren psychotrop wirksamen Substanzen, in zwei weiteren Fällen der Konsum von Kokain, teilweise in Verbindung mit anderen Substanzen, zum Tod. Zwei Personen verstarben an Vergiftungen durch psychoaktive Medikamente, ebenfalls teilweise in Verbindung mit anderen Substanzen zum Tod. In zwei Fällen konnte auf Grund nicht durchgeführter Obduktion/toxikologischer Untersuchung keine spezifische Todesursache festgestellt werden. Als zweithäufigste Todesursache mit 12 Todesfällen wird im Berichtsjahr 2016 der Konsum sogenannter „neuer psychoaktiver Stoffe“ angenommen, die in der Öffentlichkeit zum Teil auch als "Legal High-Kräutermischungen" bekannt sind. Dies ist gegenüber dem Vorjahr mit vier Todesfällen eine deutliche Steigerung. Der statistisch erfasste Anstieg dieser tödlichen Intoxikationsfälle ist ein deutlicher Indikator für die Gefährlichkeit dieser Stoffe.

Um für langjährige Drogenkonsumentinnen und -konsumenten Ausstiegshilfen vorzuhalten, umfassen die Hilfeangebote in Rheinland-Pfalz - neben der Suchtberatung, der medizinischen Rehabilitationsbehandlung, der Nachsorge und der Selbsthilfe - auch Substitutionsbehandlungen und niedrigschwellige Angebote der Suchtberatungsstellen, wie etwa



Kontaktläden oder die aufsuchende Sozialarbeit. Gerade durch die niedrighschwelligigen Angebote sollen langjährige Drogenabhängige gezielt angesprochen und für die Inanspruchnahme von Hilfen (wie z.B. qualifizierter Entzug, medizinische Rehabilitation oder Substitutionsbehandlung) motiviert werden.

Daneben setzt die Landesregierung verstärkt auf Prävention und Aufklärung, um Suchtentwicklungen möglichst nicht entstehen zu lassen. Die Maßnahmen zur Suchtprävention haben dabei vorrangig zum Ziel, über Wirkungen, Gefahren und Risiken von Suchtmitteln aufzuklären und suchstoffübergreifend vor allem Kinder und Jugendliche frühzeitig in ihrer Persönlichkeit und bei der Entwicklung von Sozial- und Handlungskompetenzen zu stärken. Diesbezüglich verfügt Rheinland-Pfalz über gute, vom Land geförderte Strukturen. So werden eine Vielzahl suchtpräventiver Maßnahmen in den Regionen des Landes umgesetzt. Dazu zählen unter anderem auch die Projekte MOVE (Motivierende Gesprächsführung mit konsumierenden Jugendlichen), SKOLL (Selbstkontrolltraining) oder FreD (Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten). Es ist vorgesehen, diese etablierten Suchtpräventionsprogramme auch zukünftig fortzuführen.

Ziel der parallel dazu betriebenen polizeilichen Drogenprävention ist es ebenfalls, durch Präventionsmaßnahmen und Aufklärung eine Suchtentwicklung möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen. Hierzu werden unterschiedliche Zielgruppen gesondert informiert. Allein im Jahr 2016 haben die Polizeipräsidien ca. 590 polizeiliche Präventionsveranstaltungen zu den Themen Drogen und Alkohol im Straßenverkehr oder Suchtprävention allgemein durchgeführt. Bei diesen Veranstaltungen ist neben der Information über Drogenarten wie Heroin, Kokain, Cannabis, etc. gerade das Thema „Legal-High“ zentraler Bestandteil gewesen. Viele der Veranstaltungen fanden in weiterführenden Schulen statt. Neben den Aufklärungsmaßnahmen dienen gemeinsame Veranstaltungen im Bereich der polizeilichen Prävention der Förderung der Sozial- und Handlungskompetenzen, um Kinder und Jugendliche zu stärken. Mit EASI (Erlebnis, Aktion, Spaß und Information) existiert ein seit 1999 in Rheinland-Pfalz erfolgreich vom Landeskriminalamt durchgeführtes Gemeinschaftsprojekt zur Vorbeugung von Sucht, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit für alle Schulkinder der 5. und 6. Klassen.



Mit der ganzheitlich ausgerichteten Strategie, über Wirkungen, Gefahren und Risiken von Suchtmitteln aufzuklären und suchstoffübergreifend vor allem Kinder und Jugendliche frühzeitig zu stärken, soll der Drogenkonsum in Rheinland-Pfalz und damit auch die Gefahr tödlicher Verläufe minimiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz